

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Fritz Dittmer)  
Sprechsprecher Amt. Gehörs Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Gegen die Preistreiberei!

Der vom Parteivorstand der deutlichen Sozialdemokratie und der Generalkommission der Gewerkschaften im Namen des werktätigen Volks erhobene öffentliche Protest gegen die profitstüchtige Preistreiberei gewisser Agrarier- und Händlerkreise entspringt einem dringenden Gebot. Mehr und mehr hat sich der ärmeren Volksschichten in letzter Zeit tiefe Verstimmung bemächtigt über die rasch steigende Teuerung der nötigsten Nahrungsmittel; nicht nur des Fleisches, der Eier, Milch, Butter, des Käses und verschiedener Kolonialprodukte, sondern auch der meisten Gemüsearten und des Zuckers, zumal der Anblick der wohlbestellten Felder und Gärten wie die großen Zufuhren lehren, daß es keineswegs an vielen der begehrten Erzeugnisse mangelt, sondern vielmehr Zurückhaltung des Angebots und Preistreiberei die Ursachen des hohen Preisstandes sind. Die durch den Krieg in eine traurige Lage geratene, schwer um ihr tägliches Dasein ringende Volksmasse versteht es nicht, wie es gestattet sein kann, daß, während draußen im Felde ihre Angehörigen für die Erhaltung des Deutschen Reiches ihr Leben einbringen, ein Teil der Dabeimgeliebenen die Kriegslage rücksichtslos zu künstlichen Preistreibereien und zur Verelendung ausnutzt.

Und dennoch, trotz dieser zunehmenden Mißstimmung, trotz des Protestes des Deutschen Städtetages, verschiedener Handwerkskammern und wirtschaftlicher Vereinigungen scheint es, als wenn der Bundesrat beabsichtigt, die Höchstpreise für Brotgetreide noch höher hinaufzusetzen, als das in der Verordnung vom 28. Oktober v. J. geschehen ist. Eine von amtlichen Stellen gespeiste halbamtliche Korrespondenz wußte dieser Tage zu melden, ohne daß ihr von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ widersprochen wurde, die Höchstpreise für die Getreideernte würden jedenfalls „etwas höher“ bemessen werden als die bisherigen Preise, und zwar sollen, wie von anderer Seite versichert wurde, die Getreidepreise so normiert werden, daß sie den im vorigen Jahre festgesetzten Maximalpreisen bezüglich der vom Januar bis August dieses Jahres hinzugekommenen sogenannten Reportzuschläge entsprechen. Da diese Preisaufschläge pro Monat 3 Mk. betragen, so würde sich also der neue Höchstpreis für Brotgetreide um 21 Mk. pro Tonne oder 2,10 Mk. pro Doppelzentner höher stellen, als der alte Höchstpreis. Und zu diesen Maximalpreisen würden dann wiederum die neuen Reportzuschläge von 3 Mk. oder von 2 Mk. pro Monat hinzukommen.

Machen wir uns an einem Beispiel klar, wie sich der geplante „etwas höher“ bemessene Preis gestalten würde. Für Berlin wurde im Oktober vorigen Jahres bekanntlich der Großhandelshöchstpreis für Roggen auf 220 Mk. pro Tonne (= 20 Zentner), für Weizen auf 260 Mk. festgesetzt. Rechnet man die obigen 21 Mk. für Reportzuschläge hinzu, so würde sich in Berlin der neue Höchstpreis für Roggen auf 241, für Weizen auf 281 Mk. stellen. Zu diesem Grundpreis kommen

aber die neuen Reports hinzu, denn dieses schöne Zuschlagssystem soll beibehalten werden. Treten wieder, wie bei der letztjährigen Preisfestsetzung, die Zuschläge mit Beginn des Januar ein und betragen sie wieder 3 Mk. pro Monat, so wird sich Ende Mai 1916 der Weizenpreis in Berlin auf 296 Mk., der Roggenpreis auf 256 Mark pro Tonne stellen.

Das sind Wunderpreise im schlimmsten Sinne des Wortes. Niemals sind im Berliner Großhandel solche oder ähnliche Preise gezahlt worden, selbst nicht in den Jahren des größten Mißwachses und der Teuerung. Ziehen wir die letzten zehn Jahre vor dem Krieg in Betracht, so stand der Weizen am höchsten im Jahre 1909, der Roggen im Jahre 1907; aber beide Getreidearten erreichten auch nicht annähernd die geplante obige Höchstpreisfestsetzung. Der Weizen stellte sich damals im Jahresdurchschnitt an der Berliner Börse auf nicht ganz 231 Mk. pro Tonne, der Roggenpreis auf rund 193 Mk. Das waren aber Ausnahmejahre. Im Jahre 1913, vor dem Krieg, kostete in Berlin der Weizen im Durchschnitt nur 199, der Roggen 161 Mk.

Als Grund für die von gewissen Interessentenkreisen verlangte und von der Regierung beabsichtigte weitere Erhöhung der Höchstpreise wird angegeben, daß der Landwirtschaft durch den Krieg die Bestellung der Getreidefelder beträchtlich erschwert und verteuert worden sei: es mangle auf dem Lande an Arbeitskräften, die Arbeitslöhne seien gestiegen, es hätten, da es an Stalldünger fehle, vielfach teure künstliche Düngemittel angewendet werden müssen, es wären keine genügenden Geipanne vorhanden usw. Zu einem großen Teil sind diese Klagen stark übertrieben. Vielfach sind den Großgrundbesitzern aus den Gefangenenlagern zur Feld- und Erntearbeit billige Arbeitskräfte geliefert worden; auch Pferde hat in vielen Fällen die Militärverwaltung bereitgestellt; und was die künstlichen Düngemittel, wie z. B. Chilisalpeter, Ammoniak, Kalstickstoff, anbelangt, so können sie schon deswegen nicht in besonders reichlichem Maße verwendet worden sein, weil sie für Kriegszwecke gebraucht werden und daher nur in beschränktem Maße der Landwirtschaft zur Verfügung standen. Aber selbst zugegeben, daß der Getreidebau sich verteuert hat, entspricht dieses Mehr an Kosten und Ausgaben auch nur annähernd der enormen Preissteigerung des Getreides? Wären auch in einzelnen Landesteilen im Vergleich zu den letzten Jahren vor dem Krieg die Bestellungs- und Erntekosten um 10 bis 15 Proz. gestiegen sein — inwiefern rechtfertigen diese Mehrkosten Preisaufschläge von 15 bis 50 Prozent und mehr?

Als im vorigen Jahre Höchstpreise für Getreide festgesetzt wurden, da hieß es in einem großen Teil der bürgerlichen Presse, es könnten ohne schwere Schädigung der Ge-

treidehändler nicht niedrigere Preise festgelegt werden; denn, nachdem die Regierung monatelang nach dem Ausbruch des Krieges untätig dem Spekulationspiel mit Getreide zugehört, zum Teil sogar noch dieses Spiel durch plötzliche, ungeschäftsmäßige Ankaufe gefördert hatte, seien inzwischen so beträchtliche Getreidemengen in zweite, dritte Hände übergegangen, daß ohne Verletzung der Interessen dieser sogenannten „autgläubigen“ Erwerber die Preise nicht niedriger zurückgedrängt werden dürften. Eine recht seltsame Argumentation; denn sie läuft auf den schönen Grundsatz hinaus, höher als die Volksernährung stehe das Interesse der Getreidespekulanten. Doch heute läßt sich selbst dieses Argument nicht anbringen; denn heute stehen wir vor einer neuen Ernte, die noch nicht durch spekulative Käufe in zweite, dritte, vierte Hände übergegangen ist. Vielmehr fehlen, da diesmal die Verteilung der neuen Ernte durch die Reichsgetreidestelle und die kommunalen Verbände erfolgt, alle Zwischenhändlerkosten und Zwischenhändlergewinne.

Auch die Verfassung auf die sogenannte Zwarpreispolitik, d. h. die Politik, durch Erhöhung der Getreidepreise den Getreidekonsum einzuschränken, hat heute nicht die geringste Berechtigung (wenn sie je eine solche gehabt hat); denn der Protverbrauch ist kontingentiert. Zudem aber kam in Deutschland trotz der jeweiligen Trockenheit auf eine recht gute Mittel-ernte gerechnet werden. Und Tschechien-Ungarn wie auch Rumänien, von dem wir verschiedentlich beträchtliche Zufuhren erhielten, erfreuen sich sogar einer außergewöhnlich reichen Ernte. Die ungarische Weizenernte wird auf 15 bis 16 Millionen Doppelzentner geschätzt gegen nicht ganz 29 Millionen Doppelzentner im Vorjahre, die rumänische Weizenernte auf 58 bis 60 Millionen Doppelzentner, das Doppelte des normalen Verbrauchs Rumäniens.

Nicht Verteuerung, sondern Verbilligung des Getreides und Brotes, des wichtigsten Lebensnahrungsmittels, müßte deshalb die Lösung sein; und tatsächlich ließe sich eine Ermäßigung der jetzt geltenden Höchstpreise leicht durchführen, ohne daß die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe dadurch irgendwie gefährdet würde — aber die Großgrundbesitzer sind

jeht, sehr einflussreiche Leute, die sich auf die Durchsetzung ihrer Forderungen verstehen. Als im vorigen Jahre die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen schritt, erklärten die landwirtschaftlichen Organisationen, daß sie gar kein Interesse an übermäßig hohen Preisen hätten, sondern mäßige stabile Preise vorzögen. Heute sucht man in den agrarfonierativen Blättern vergebens nach solchen Erklärungen — freilich ist die heutige Sachlage eine andere; damals war der größte Teil der Ernte nicht mehr im Besitz der großen Landwirte, sondern bereits an die Getreidehändler verkauft.

Für die Eindämmung der aufsteigenden Mißstimmung und die Erhaltung der sogenannten „inneren Kriegsrüstung“ wäre heute die Herabsetzung der Getreidepreise, wie überhaupt ein energisches Entgegenwirken gegen die zunehmende Teuerung, das Wichtigste, was die Regierung tun könnte. Der Wille der Massen zum Durchhalten kann kaum durch irgend etwas anderes mehr beeinträchtigt werden, als durch die Wahrnehmung, daß ihre Lebensinteressen an gewissen Stellen noch immer recht leicht wiegen im Vergleich zu den Gewinnsinteressen kleiner bedornter Wanderarbeiten. Immer mehr hat in letzter Zeit die Teuerung zugenommen. Reis kostet heute vielerorts 90 bis 100 Proz. mehr, als im Juni vorigen Jahres, ebenso Kartoffeln, während Linien, Bohnen, Erbsen den dreifachen Preis erreicht haben. Butter ist um 10 bis 50 Proz. im Preise gestiegen, Schweinefleisch um 110 bis 120 Proz., Mehl kostet 50 bis 75 Proz. mehr usw. Sollten diese keineswegs sämtlich durch erhöhte Produktionskosten und durch Vorratsmangel bedingten enormen Preissteigerungen, die für die Volksernährung viel nachteiliger zu werden drohen, als die ganze englische Ausbungerunaszivilisation, ungehindert andauern? Mögen sonst auch in der deutschen Sozialdemokratie verschiedene Auffassungen und Strömungen bestehen, dem Protekt des Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften gegen den überhandnehmenden Lebensmittelmangel (S. Spalte 39) schließt sich die ganze Partei an ohne Unterschied der Richtungen — und nicht nur sie, sondern das ganze werktätige Volk!

Heinrich Cunow.

## Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

trugte in Berlin in der Zeit vom 5. bis 7. Juli dieses Jahres. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- und Massenbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchener Gewerkschaftskongress konnte noch nicht vorgelegt werden, da eine Reihe von Materialien sich noch im Stadium der Verhandlungen befinden und deren Abschluß abgewartet werden muß. Ein auszugsweiser Bericht sowie eine Uebersicht über die Massenfürsorge soll in der nächsten Ausgabe des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht werden. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Teil der Tagesordnung nicht. Dem Massener wurde einstimmig Entlassung erteilt. Zu eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um einzelne von Einzeltruppen, über die zurzeit eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitgliedern, die bereits vor dem Ausbruch ihre Maxanzfrist für Unterhaltungsbezug erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Wehrdienst noch nicht unterhaltungsberchtig waren. Die Wiederanrechnung von Unterhaltungsrechten der Ausgeschiedenen, die Anrechnung einzelner Unterhaltungsarten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Ausbruch usw. Eine der Konferenz vorgelegte Nebensache aus den Statuten der einzelnen Verbände ergab die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, wozu bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandsmassen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlicher Grundsatz trat zwar stark hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchföhrung bewußt. Die Konferenz gelangte dabei zunächst nur zu dem Urteil:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände zu stark sein würde“ — und verließ die Reichsversammlung über positive Einheitsgrundsätze bis zur nächsten Konferenz.

Eine Umfrage darüber, wie viele Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab, daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Satzungen zurückgekehrt sind bzw. dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 31 Gewerkschaften noch nicht wieder die vollen statutarischen Unterhaltungen zahlen. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterhaltungen wieder eingeföhrt, doch noch nicht die vollen Leistungen.

Zur Beratung der Kriegsschädigtenfürsorge gab die Generalkommission einen kurzen Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichszentralistische Organisation. Die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten einzugreifen, erfolglos blieben. Immerhin wurden insolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundsätze aufgestellt und den Gewerkschaften und Stellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es müsse berichtet werden, daß die Kriegsschädigten bei ihrer Mühsal zur Erwerbsarbeit unbilliger Behandlung ausgesetzt und zur Lohndrückerei verwendet, und daß die gewerkschaftlich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausnutzung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von dem Verband arrangierten Lichtbildvorträge erfreuten

sich starker Beteiligung der Arbeiter und Behörden. Die ausgiebige Diskussion führte

Die Konferenz der Verbandsvorstände hält es aus ethischen und politischen Gründen für dringend erforderlich, daß den Arbeitern in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.

Die bedauert, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichszentralstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in dieser Bestimmung getroffen wird, daß

1. zur Veranschaulichung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf; d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Änderung oder Aufhebung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.

Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmer-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsbeschädigten hinaus eingesetzt werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind.

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bedauert, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung angeordnet habe. Zumeist versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni d. J. verfügten Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung, Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli d. J. und Mitteilung der Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. ab, sowie die Errichtung von Zentralauskunftsstellen in den einzelnen Städten und Bezirken einige Besserung, und die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht versäumen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. M. Freund, Weilm., dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, propagierten System von Auskunftscentralen, denn dieser „Sozialpolitiker“ versuche bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen und er mache sich sogar der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftsstellen überall verlangen, daß auch ihre Nachweise gemäß den im preussischen Minderlaß vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen vertreten sind. Die Debatte ergab im allgemeinen Uebereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, gaben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelte sich neben lokalen Vorkommnissen vor allem um die Bestrebungen gewisser, mit der Haltung der Parteimehrheit und der Reichstagsfraktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Gruppen, diesen Parteifreie auch in die Gewerkschaftskreise hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Desorganisationskampagne die Parteieinheit zu sprengen und die Einigkeit in der Arbeiterbewegung zu zerstören. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteivorstand. Gewerkschaftler wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsstellung und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterzeichnen, und dessen Schluß lautet:

Die Alternative lautet schlichthin: Parteierrettung oder Parteierzerrörung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teiles der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiberderben Einhalt tun, den Bürgerfrieden aufgeben und auf der ganzen Linie den Massenkampf nach den Grundrissen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.

Wegen dieser Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 26 des „Corr. Blattes“ publizierten Erklärung Protest erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Verurteilungen der gemeinschaftlichen Treiberkreise der Mißvergnügten fehlte, einmütig auf den Standpunkt der Generalkommission, indem folgende Resolution einstimmig zum Beschluß gelangte:

Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Corr. Bl.“ veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündelei richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Rückende zurück, die Arbeiterchaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können.

Nur eine einzige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterchaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.

Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften existieren haben und erstreben.

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. Die Gewerkschaften müssen im gleichen Sinne allen Versuchen der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegenreten.

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung polnischer Arbeiter in die Textilbezirke und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Dinsichtlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken solange abzuziehen, bis die Statistische Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundzüge darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Zentralstelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamts, wonach die Krankenkassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Änderung der Rechtslage im Reichstage oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Änderung der Gewerkschaftsstatuten vorbereitet werden.

Am Schluß wurde über den vom jüngsten Verbandstag der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken“. Der Antrag fand fast allseitige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Zellin redigierte Zeitschrift „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in vertieften Theorien und hochtrabenden Stilübungen ergebe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorherige Aussprache mit dem Parteivorstand über eine zweckentsprechende Umgestaltung der „Gleichheit“, von einem anderen die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein vorläufiger Erfolg anerkannt, doch brauche man eine solche Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Eine Korrespondenz gebe die Genossin Hanna bereits heraus und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblattes Schwierigkeiten ergeben sollten.

Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise für ihre weiblichen Mitglieder zugestellt.

## Die Arbeitgeberfürsorge der Stadtgemeinde Frankfurt a. M. für die Angehörigen ihrer im Felde stehenden Arbeiter und Bediensteten.

„Ihr Mann war städtischer Arbeiter, Sie werden von der Stadtgemeinde ausreichend unterstützt,“ das sind die Worte, die von der privaten Kriegsfürsorge allen Frauen städtischer Arbeiter entgegengehalten werden, sobald sie bei der vorgenannten Institution um die Gewährung einer Beihilfe vorstellig werden. In den ersten Monaten des Krieges war das nicht so. Da hat die Kriegs-fürsorge in gar vielen Fällen auch bei den Angehörigen städtischer Arbeiter in Anerkennung ihrer Bedürftigkeit trotz des von der Stadtgemeinde geleisteten Zuschusses eingegriffen. Aber seitdem der Magistrat die Kriegs-fürsorge ersucht hat, alle Angehörigen städtischer Arbeiter, denen nach der eigenen Auffassung die von der Stadt geleisteten Bezüge nicht ausreichen, abzuweisen, erhöht die Kriegs-fürsorge für die städtischen Arbeiter nicht mehr. Insbesondere sind es die Hausbesitzer, die alle Bitten um Miet-nachlaß abweisen mit der Begründung, daß die Angehörigen der eingezogenen Arbeiter den halben Lohn weiter bezögen und dem-zuzufolge sehr wohl in der Lage wären, den Mietbetrag voll zu ent-richten.

Wie liegen nun die wirklichen Verhältnisse? Wir glauben es der Allgemeinheit schuldig zu sein, einmal offen darüber zu be-richten, zumal von Magistratsseite aus immer nur mit den ver-blüffenden großen Zahlen operiert wird, ohne diese Messenziffern in ihrer Wirkung auf den einzelnen auch nur zu berühren. Damit haben wir gleichzeitig die Möglichkeit, dem Märchen entgegen-zuwirken, als wenn das Arbeitsverhältnis bei einer Kommunal-behörde eitel Freude und Bönne sei und daß der niedere Stand der Arbeitslöhne reichlich aufgewogen würde durch den Wohlstand der sozialen Fürsorge.

Die etatsmäßig angestellten Beamten haben Anspruch auf Verlassung des vollen Gehaltes. Das ist recht so und muß von jedermann gebilligt werden. Der gefahrvolle Dienst fürs Vaterland erheischt eine ausreichende Ver-sorgung der zurückgelassenen Angehörigen. Die Arbeiter und die Bediensteten stehen im Schützengraben neben den Beamten. Da gibt es keine Ungleichheit. Anders dagegen steht es hier. Den Angehörigen der eingezogenen Bediensteten und Arbeiter wird zur Reichsunterstützung und zum Gemeindegeldzuschuß ein Arbeitgeber-zuschuß gezahlt mit der Maßgabe, daß zunächst die Hälfte des in den letzten zwölf Monaten durchschnittlich verdienten Arbeitslohnes erreicht wird. Dazu kommt dann für jeden Angehörigen noch ein Monatszuschlag von 5 Mk. Auf keinen Fall aber dürfen dadurch drei Viertel des früheren Mannesarbeitslohnes überschritten werden.

An einigen Beispielen wollen wir die Wirkung der Fürsorge des Magistrats auf den einzelnen seiner Arbeiter dartun. Daß die ledigen Beamten wohl das volle Gehalt fortgezahlt erhalten, während die ledigen Arbeiter nichts erhalten, sei dabei nebenher bemerkt.

Die Angehörigen eines städtischen Arbeiters, der Vater von vier Kindern war, erhalten pro Monat vom Paulsplatz 60 Mk. Der durchschnittliche Verdienst des Mannes betrug pro Monat 110 Mk. Der Magistrat gibt nun zunächst zu dieser Unterstützung soviel als Arbeitgeberzuschuß; dazu, daß der halbe Lohn erreicht wird. Der halbe Lohn beträgt in diesem Falle aber nur 55 Mk., steht also unter der vom Reich und von der Gemeinde geleisteten Unterstützung! Zu diesen 55 Mk. kommt nun aber noch für jedes Mitglied der Familie, in diesem Falle also für die Frau und die vier Kinder je 5 Mk., sind zusammen 25 Mk. 55 Mk. halber Lohn und 25 Mk. Familienzuschuß, crachen ein: Gesamteinnahme von 80 Mk. pro Monat. Dieses Einkommen steht also um 20 Mk. höher als das nur vom Paulsplatz Bezogene. Der Arbeitgeberzuschuß beträgt also 20 Mk. 20 Mk., also genau soviel, würde aber auch mindestens die Beihilfe betragen, die in diesem Falle von der Kriegs-fürsorge gewährt würde, wenn der Mann keinen Arbeitgeber-zuschuß erhalten hätte. Der Arbeitgeberzuschuß bringt seinen Be-ziehern nicht den geringsten Vorteil. Wären nun aber an Stelle der vier, fünf Kinder vorhanden, dann würde die Arbeitgeber-leistung des Magistrats sogar um 6,50 Mk. pro Monat hinter der Leistung der privaten Kriegs-fürsorge zurückbleiben. Diese Differenz nimmt aber zu, je stärker die Familie wird, so daß schon mit sieben Kindern die Leistungen des Magistrats nicht einmal mehr die Leistungen der nur am Paulsplatz erhältlichen behördlichen Unter-stützung erreichen. Wenn bei einem ehemaligen Einkommen von 110 Mk. pro Monat gar keine Kinder vorhanden sind, stellt sich der Arbeitgeberzuschuß etwas höher. Die Frau würde ohne Kinder in

diesem Falle vom Paulsplatz 24 Mk. und als Arbeitgeberzuschuß pro Monat 36 Mk. erhalten. Die Leistung des Magistrats über-trifft also die Leistung der privaten Kriegs-fürsorge um 16 Mk. im Monat. Beim Vorhandensein von fünf Kindern und bei einem ehemaligen Einkommen von 120 Mk. beträgt das Gesamteinkommen der Angehörigen eines städtischen Arbeiters gegenwärtig 90 Mk. Davon sind 79 Mk. behördliche Leistungen und 21 Mk. Arbeitgeber-zuschuß des Magistrats. Diese Familie ist also im ganzen Monat um 1 Mk. besser gestellt, als wenn den Angehörigen die Hilfe der Kriegs-fürsorge zuteil würde. Beim Vorhandensein von sechs Kindern im gleichen Falle bleibt die Arbeitgeberleistung des Magistrats um 8 Mk., bei sieben Kindern um volle 17 Mk. hinter den Leistungen der privaten Kriegs-fürsorge zurück. Dagegen würde im gleichen Falle eine Frau ohne Kinder um 21 Mk. besser gestellt sein, als wenn sie nur auf die Kriegs-fürsorge angewiesen wäre. Beim Vorhandensein von fünf Kindern und bei einem ehemaligen Einkommen von 130 Mk. steht die Leistung des Magistrats um 6 Mk. pro Monat über den Leistungen der Kriegs-fürsorge, während sie bei sechs Kindern um 50 Mk., bei sieben Kindern sogar um 9,50 Mk. hinter den Kriegs-fürsorgeleistungen zurückbleibt. Da-gegen würde diese Frau ohne Kinder 26 Mk. mehr erhalten als bei der Kriegs-fürsorge. Diese Beispiele lassen sich ganz beliebig ver-mehren. Je nach der Höhe des früheren Monatsverdienstes schwankt der Arbeitgeberzuschuß der Stadtgemeinde bei einem ehe-maligen Einkommen von 100 bis 160 Mk.:

für eine alleinstehende Frau zwischen 31 und 61 Mk.	
„ „ Frau mit 1 Kind	27 „ 57 „
„ „ „ 2 Kindern	28 „ 52 „
„ „ „ 3 „	19 „ 59 „
„ „ „ 4 „	15 „ 45 „
„ „ „ 5 „	6 „ 41 „

Der Arbeitgeberzuschuß beträgt bei einem ehemaligen Ein-kommen von:

	für eine Frau	
	ohne Kinder	mit 5 Kindern
100 Mk. . . . .	31,— Mk.	6,— Mk.
110 „ . . . . .	36,— „	13,50 „
120 „ . . . . .	41,— „	21,— „
130 „ . . . . .	46,— „	28,— „
140 „ . . . . .	51,— „	31,— „
150 „ . . . . .	56,— „	36,— „
160 „ . . . . .	61,— „	41,— „

Je größer die Zahl der Kinder wird, desto geringer wird der Arbeitgeberzuschuß, ja, er sinkt in vielen Fällen sogar ganz, und selbst die Fälle, an denen der Magistrat über seine eigenen Normen hinausgehen müßte, um wenigstens an die behördlichen Leistungen heranzukommen, vermehren sich.

Will man nunmehr ersehen, in welchem Grade die An-gehörigen der städtischen Arbeiter besser oder schlechter gestellt sind als die nur von der Kriegs-fürsorge Unterstützten, dann hat man nur von den oben angegebenen Zahlen jeweils 20 Mk. in Abzug zu bringen. Die oben angeführten Zahlen zeigen also schon, daß sehr viele Fälle existieren, in welchen die Angehörigen der städti-schen Arbeiter trotz des Arbeitgeberzuschusses schlechter gestellt sind, als wenn sie ohne diesen Zuschuß auf die Kriegs-fürsorge an-gewiesen wären. Es ist also wahrhaftig kein Grund vorhanden, von dem Wohlwollen des Magistrats in solch hohen Tönen zu singen, wie es bisher in den bürgerlichen Blättern beliebt wurde.

Daß die nur vom Reich und von der Gemeinde gezahlten Sätze vollständig ungenügend sind, bedarf keiner Begründung. Wieder-holt haben unsere Vertreter deshalb auch versucht, höhere Sätze durchzudrücken, aber ihre Bemühungen scheiterten am Gegenwillen. Nunmehr sind Verhandlungen im Gange, die Zuschüsse seitens der privaten Kriegs-fürsorge um ein, allerdings auch nur gänzlich un-genügendes etwas zu erhöhen. Ob diese Verhandlungen Erfolg haben werden, steht noch dahin.

Wenn wir zur Wahrung der Interessen der bei der Stadt-gemeinde beschäftigten Kriegsteilnehmer nunmehr eine der Teuer-ung angepasste Versorgung für deren Angehörige fordern, so wollen wir uns damit keineswegs über die übrigen Arbeiter-angehörigen hinwegsetzen, die keinen Arbeitgeberzuschuß erhalten. Unsere Forderung basiert neben der völligen Unzulänglichkeit der gezahlten Sätze vor allen Dingen auf der vom Magistrat den Ar-beitern gegenüber angepöbelten Politik, ihnen eine zwar sehr be-scheidene, aber doch immer noch auskömmliche und vor allen Dingen nach jeder Richtung hin gesicherte, gewissermaßen beamten-ähnliche Existenz zu bieten.

Die Beamten erhalten das volle Gehalt weitergezahlt, die Arbeiter nur einen Bruchteil. Der Bruchteil ist zu gering. Er entspricht noch nicht einmal den im August 1914 geltenden Friedensverhältnissen, heute herrscht eine enorme Teuerung. Die Einkommensverhältnisse haben sich aber seit dieser Zeit sogar verschlechtert. Zunächst sorgte der Magistrat dafür, daß die Hilfe der privaten Vermögensfürsorge für die Angehörigen der städtischen Arbeiter wegfiel. Als im November vorigen Jahres die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 3 Mk. eintrat, wurde sie den städtischen Arbeitern prompt vom Arbeitgeberzuschuß in Abzug gebracht, und auf unsere lobenswerten Vorstellungen erklärte der Herr Bürgermeister Dr. Luppe: „Wozu brauchen denn die Frauen eigentlich die 3 Mk.“ Dann folgte die Erhöhung des Gemeindezuschusses für die Frauen von 50 auf 100 Proz. Und wiederum wurde den Angehörigen der städtischen Arbeiter am Arbeitgeberzuschuß in Abzug gebracht, was sie auf dem Paulsplatz mehr erhielten. Der Arbeitgeberzuschuß befindet sich also im Schwinden. Was will es demgegenüber bezogen, wenn auf ein vereinzeltes Gesuch hin eine kleine einmalige Ertrahilfe gewährt wird. Diese Hilfe geht doch sofort wieder in die Hände, denn ohne die Vorlage unbezahlter Rechnungen wird doch nichts bewilligt. Bald weinend, bald erbittert kommen deshalb schon seit langem die Frauen zu uns und klagen, Ungezähnte dagegen verbergen ihre Not, sie sind zu stolz, denn die Unterstützung, die ihnen gewährt wird, steht in dem ärmlichsten Mißverhältnis zu den Einnahmen, die von ihnen verlangt werden.

Die Forderung ist unumgänglich notwendig. Und zwar sofort!

### • Wöchenbericht vom Krieg •

Berlin, 10. Juli 1915.

Die scheinbare Ruhe der vorletzten Woche hat offensichtlich der Vorbereitung der neuen Hindenburg-Offensive in Nordwestrussland und Polen gedient. Die Resultate zeigen sich in einer noch immer im Fluß befindlichen raschen Rückzugsbewegung fast der ganzen russischen Front. Die „Dampfwalze“ geht unaufhaltsam rückwärts und aus russischen Armeebefehlen usw. ist ersichtlich, daß die fliehenden Russen gleich das eigene Land verwüsten, um dem nachziehenden Feinde die Existenzmöglichkeiten zu erschweren — etwa wie vor 100 Jahren (1812) verfahren wurde. Heute können freilich diese bösen Pläne eine ähnliche Wirkung nicht mehr auslösen. — Man sollte meinen, die Stimmung in Frankreich müsse durch die vielen Enttäuschungen (1. Offensive Joffres, 2. englische Hilfe in Flandern, 3. russischer Karpathenvorstoß, 4. Italiens Teilnahme, 5. Dardanellenexpedition, 6. Aushungerung Deutschlands, um nur einiges zu nennen!) friedensgeneigt sein. Aber der einflussreiche Dervé („La guerre sociale“ hat zirka 100.000 Auflage!) will auch neuerdings „Deutschland vernichten“ und der französische Sozialistenkongreß vom 15. Juli 1915 will „einen Frieden auf der Grundlage der Nationalitäten, für die Freiheit der Völker über sich selbst zu verfügen und Wiederherstellung Elsaß-Lothringens“. Also Eroberungspolitik! — Fast als eine vorweggenommene Antwort auf dieses französische „Antwortmanifeft“ (an den deutlichen Parteivorstand) könnte man die Ausführungen des italienischen „Avanti“ vom 12. Juli bezeichnen, der „hofft, daß nach einem Siege der Alliierten wirklich all den jetzt unfreien Völkern die Freiheit geschenkt werden wird“. Er entwickelt ein Friedensprogramm, dem er die Prinzipien der alliierten Vorkämpfer zugrunde legt. Rußland, sagt er, wird die polnischen Gebiete abtreten, Finnland herausgeben, und gewiß all die unterjochten Völker in Asien selbständig machen, „im Namen seiner hohen Ideale, die dem Lande der Pogroms am zärtlichsten ans Herz gewachsen sind.“ Deutschland wird auf die Gebiete und Volksteile, die es sich angeeignet hat, verzichten, aber auch Frankreich wird Nizza und Moritza an Italien abtreten, Madagaskar und Tontin den Eingeborenen überlassen und den Bewohnern von Alger, Tunis und Marokko wieder den Besitz ihres Bodens und den Besitz der Freiheit verleiern. „England, die alte liberale Pächterin jeder heiligen Sache des Fortschritts und der Demokratie, wird sich beeilen, die irische Frage endlich zu lösen“, es wird Gibraltar den Spaniern, Malta den Italienern, Cypern den Griechen ausliefern, es wird den Ägyptern, den Buren, den Südafrikanern volle Unabhängigkeit gewähren, und wird das gleiche für Indien und für all seine anderen Besitzungen tun. Japan „als emüger Nachahmer jeder guten und schönen Initiative Europas“, wird seine Eroberungen auf den Festlande

renuig aufgeben, und sogar „den verfolgten, heimatlosen Juden“ wird, geschützt gegen alle Bedrücker, ein friedliches Glück erblühen. „Das ist“, erklärt der „Avanti“, „unser Programm. Diesem Kriege ist seine Verwirklichung anvertraut. Zitternd und vertrauensvoll warten wir ab. Die Geschichte von gestern, die Ereignisse unserer Tage und dazu die Ehrlichkeit der Regierenden aller Länder erfüllen uns mit Zuversicht.“ — Ueberflüssig zu sagen, daß dieser kräftige Spekt des „Avanti“ wohl bei uns auf volles Verständnis rechnen kann, in Frankreich aber kaum Beachtung finden dürfte. — In England ist die Stimmung wohl nüchterner, aber von starker Friedenssehnsucht einflußreicher Kreise keine Spur! — In Rußland bereitet man in der Presse auf „weitere strategische Rückzüge“ vor. — Für Deutschland verbleibt außer der hoffnungsvollen Einflußreicher Kreise offensiv (von der Windau bis zum Bug) eine energische Abschüttelung des inneren Feindes: nämlich der Lebensmittelmacher! Ob wir mit denen nicht fertig werden sollten, wir Zurückgebliebenen? — Nachfolgend Einzelheiten:

11./12. Juli. Heftige Kämpfe bei Souchez und an anderen Teilen der Westfront. — In Ostern werden Verstärkungen bei Lipina gestürzt. — 13. Juli. In den Argonnen dringen deutsche Angriffe 1000 Meter vor. Südwestlich Pourcuilles werden französische Stellungen erstickt auf 3 Kilometer Breite, 1 Kilometer Tiefe. 2581 Gefangene, 2 Gebirgsgeschütze, 18 Geschütze unbrauchbar gemacht, 6 Maschinengewehre, 2 Revolverkanonen und Gerät. — Zwischen Remelsfluß (Nijemen) und Weichsel einige örtliche Erfolge. — 14. Juli. Französische Mädelroverungsversuche in den Argonnen werden blutig abgewiesen. Weitere 1100 Gefangene (insgesamt 68 Offiziere, 3688 Mann). — An der Windau (Murland) 425 Russen gefangen. — Südlich des Nijemen verschiedene russische Stellungen erobert. 2700 Gefangene, 5 Maschinengewehre erbeutet. — Die stark ausgebaute Stadt Przasnysz erneut besetzt. — Am nördlichen Dnjepr erfolgreiches Vordringen der österreichischen Truppen. 11 Offiziere, 550 Mann gefangen. — Mehrere italienische Infanterieangriffe unter großen Verlusten zurückgeschlagen. — 15. Juli. In den Argonnen weitere blutige Verluste der Franzosen und 462 Gefangene. (Seit 20. Juni sind in den Argonnen 7000 Franzosen und 116 Offiziere gefangen.) — Nördlich von Popeljan haben deutsche Truppen die Windau in östlicher Richtung überschritten. — Südlich Przasnysz weitere Fortschritte. — Kämpfe am Dnjepr dauern an. 12 Offiziere, 1300 Gefangene, 3 Maschinengewehre. — Bei Sokal am Bug rege Gefechtsaktivität. — An der Dolomitenfront wurden italienische Angriffe unter bedeutenden Verlusten abgewiesen. — 16. Juli. Eine neue Hindenburg-Offensive hat zu großen Ergebnissen geführt auf der ganzen Ostlinie. Die Armee von Below hat die Windau überschritten und ist weiter im siegreichen Fortschreiten. 11 Offiziere, 2450 Mann Gefangene, 3 Geschütze, 5 Maschinengewehre erbeutet. Die Armee von Gallwitz hat drei russische Linien bei Przasnysz genommen, Dzielin und Lipa erreicht. Die Russen weichen auf Linie Giedanow-Mrasnojele zurück. Diese Stellung ist auf 7 Kilometer Breite erstickt und Zielona erobert. Die Russen weichen nun auf der ganzen Front zwischen Pissa und Weichsel gegen den Narewfluß. Gewinn der Armee von Gallwitz: 88 Offiziere, 17.500 Mann, 13 Geschütze, 40 Maschinengewehre, 7 Minenwerfer. Armee von Scholtz: 2500 weitere Gefangene, 8 Maschinengewehre. — Auch auf der südöstlichen Front Vordringen der Armee von Madensen. Südwestlich Mrasnoitaw ist die russische Front durchbrochen. Bisher 28 Offiziere, 6380 Mann gefangen, 9 Maschinengewehre. Die Armee von Worsch hat an der oberen Weichsel die Offensive wieder aufgenommen. — 17. Juli. In: Weiten Teilgefechte. — Armee von Below hat im Osten bei Alt-Auz 3620 Gefangene, 6 Geschütze, 3 Maschinengewehre erobert. Verfolgt weiter in östlicher Richtung bis Murschan. — Zwischen Pissa und Weichsel Verfolgungskämpfe. Forenbh, Bhl, Kiozignee sind erstickt; ebenso Moszianomomamiewo. Die Zahl der Gefangenen meht sich weiter, 4 Geschütze erobert. Auch nördlich der Pilla weichen die Russen. 620 Gefangene. — Armee von Worsch eroberte im Südosten bei Zwolen 2 Kilometer Raum bis zum Manfa-Abdmit. Schwere russische Verluste, 2000 Gefangene, 5 Maschinengewehre. — Beim Bug-Abchnitt (Armee von Madensen) wurden Pilaoczlowice und Mrasnoitaw erstickt. Mehrere tausend Gefangene. — An der italienischen Grenze: Gefechtsfeuer. — Österreichisches Unterseeboot hat (am 17./18. Juli) südlich Naquira den italienischen Kreuzer „Giuseppe Garibaldi“ torpediert und versenkt. Er sank in 15 Minuten. Das Schiff hatte 7400 Tonnen Wasserdrängung, 27 Geschütze und Torpedoarmerung. Besatzung 550 Mann. — Am Euphrat errangen die Türken gegen die Engländer einen erblühenden Erfolg. Letztere hatten weit über 1000 tote. Es wurden 32 Barken, 200 Gewehre und viel Munition erbeutet. — An der Dardanellenfront heftige Kämpfe mit schweren Verlusten für die englisch-französischen Truppen.

## • Aus den Stadtparlamenten •

### Kriegs-Teuerungszulage.

**Witterfeld.** Die städtischen Arbeiter sollen nach Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung eine Lohnerhöhung von 8 bis 10 Proz. erhalten.

**Coburg.** Am Mai d. J. hatten städtische Arbeiter dem Magistrat ein Gesuch eingereicht, in dem sie mit Rücksicht auf die Teuerung eine Zulage beantragten. Der Magistrat hat sich der Verechtigung der Bitte nicht verschließen können und eine Kriegszulage mit rückwirkender Kraft bis 1. Mai dahin gewährt, daß wöchentlich erhalten unversehrte männliche Personen und Witwen 1 Mk., verheiratete 2 Mk. und für jedes Kind 50 Pf. Der finanzielle Effekt beträgt für ein Jahr 12025 Mk. Die Kommission beantragte Zustimmung zur Vorlage, ferner daß den Beamten der unteren Gehaltsstufen eine solche Zulage zu gewähren sei. Die vorstehende Magistratsvorlage wurde in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen.

**Cuxhaven.** Vom Magistrat wurde vorgeschlagen, den städtischen Arbeitern während der Kriegszeit eine Teuerungszulage zu gewähren. Für jede Ehefrau eines städtischen Arbeiters sollen 2 Mk., für jedes Kind 1 Mk. wöchentlich gewährt werden. Der Magistratsantrag wurde nach einer dreiviertelstündigen Debatte mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen. — Eine schwere Krankheit!

**Elbing.** In der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juli erklärte Oberbürgermeister Dr. Werken, daß allen städtischen Arbeitern und Angestellten (bis 2000 Mk.) eine ständige Teuerungszulage gewährt werden soll.

**Friedrichsfelde.** Auf Antrag unseres Verbandes beschloß der Gaswerksausschuß die Gewährung einer Teuerungszulage an alle im Gaswerk Beschäftigten. Die Teuerungszulage beträgt für Arbeiter bzw. Arbeiterinnen mit Kindern unter 15 Jahren 10 Mk., für Arbeiter ohne Kinder 5 Mk. im Monat.

**Hainz.** Auf unsere Eingabe vom 10. Mai hat die Stadtverwaltung am 9. Juli die Zahlung einer Teuerungszulage beschlossen. Es erhalten ständige verheiratete Arbeiter mit bis zu 2 Kindern unter 16 Jahren 25 Pf., mit 3—4 Kindern 35 Pf., mit 5 und mehr Kindern 45 Pf. Zulage pro Tag. Als Höchstverdienstgrenze für den Bezug der Zulage ist ein Jahreseinkommen von 1800 Mk. festgesetzt. Wenn der Jahresarbeitsverdienst nebst der Zulage jenen Betrag übersteigen würde, ist die Zulage entsprechend zu kürzen. Für nichtständige Arbeiter sind die Betriebsämter ermächtigt worden, den Tagelohn von 3,10 auf 3,90 Mk. für ungelernete Arbeiter herauszusetzen. Die gelerneten Arbeiter erhalten fast dieselben Bezüge wie die ständigen. Bei der Straßenbahn stellen sich die Gehaltsätze auf 4,10 Mk. für Schaffner und 4,60 Mark für Fahrer bei nichtständigen Arbeitern.

**Ohligs.** Auf Antrag der Arbeiterschaft hat die Gas- und Wasserwerkskommission der Stadt Ohligs ab 2. Juli folgende Zulagen bewilligt: „Für die Dauer des Krieges werden denjenigen Arbeitern, welche am 1. Juli ein Vierteljahr und länger beim Gaswerk beschäftigt waren, folgende Zulagen gewährt: unverheiratete Arbeiter 1,50 Mk. die Woche, Familie ohne Kind 2 Mk., Familie mit 1 Kind 2,50 Mk., Familie mit 2 Kindern 3 Mk., Familie mit 3 Kindern 3,50 Mk., Familie mit 4 und mehr Kindern 4 Mk. die Woche. Es kommen nur die Kinder unter 14 Jahren in Betracht. Später eingetretene Arbeiter treten erst dann in den Genuß der Zulage, wenn ihre Beschäftigung ein Vierteljahr erreicht hat.“

## • Aus unserer Bewegung •

**Coblenz.** Die schon seit langen Jahren im hiesigen Gaswerk beschäftigten Arbeiter erhalten pro Tag 3,20 Mk. Der durch die starken Einzugsungen veranlaßte Arbeitermangel hat zur Kommandierung von Soldaten zur Gasarbeit geführt. Die Soldaten erhalten, obwohl sie nicht eingearbeitet sind und erst angeleitet werden müssen, pro Tag 1 Mk. Wir freuen uns von Herzen, daß man die Arbeit der Soldaten so gut bewertet, aber ist denn die Arbeit der ständigen Arbeiter nicht ebenso hoch zu schätzen? Hoffentlich kommt die Stadtverwaltung zu der Einsicht, daß unsere Militärbehörde keine ungerechte, sondern eine nur direkt notwendige Bezahlung verlangt und hoffentlich kommt sie auch konsequenterweise zu der Einsicht, daß demzufolge die langjährigen Arbeiter daselbe erhalten müssen.

**Darmstadt.** Am 10. Juli d. J. fand eine Versammlung sämtlicher städtischer Arbeiter im Gewerkschaftsbanke statt, die sehr gut besucht war. Der Referent, Gauleiter Würtler-Sträßburg, berichtete ausführlich über die in den einzelnen Städten Deutschlands bewilligten Teuerungszulagen und erörterte die Frage, warum die Stadtverwaltungen (wie auch hier, mit Vorliebe zu den Familienzulagen übergehen. Redner zeigte den Unorganisierten

den Zweck und Nutzen des Verbandes und forderte sie auf, mehr Kampfesmut in eigener Sache zu betonen und sich unserem Verbandsangehörigen. In der Versammlung waren auch die beiden Stadtverordneten Telp und Friedrich erschienen, die nochmals ausführlich über die Stadtverordnetenbesetzung berichteten und ihre dort gestellten Anträge erläuterten, die dahin gingen: „1. Für die Klasse 1 die Familienzulage zu erhöhen und 2. den während des Krieges (also unständigen) bei der Stadt beschäftigten Arbeitern ebenfalls die Familienzulage zu gewähren.“ Aus den Ausführungen der beiden Redner konnte man sehen, daß unsere Arbeitervertreter auf dem Rathaus ihre Pflicht und Schuldigkeit für die Arbeiter voll und ganz erfüllt hatten. Zum Schluß wurde folgender Beschluß einstimmig angenommen: „Die Versammlung der städtischen Arbeiter aller Betriebe nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der geneigtest bewilligten Teuerungszulage. Die Versammlung erkennt gern an, daß der Herr Oberbürgermeister sowie das verehrte Stadtverordnetenkollegium sich redlich bemüht haben, den Wünschen der städtischen Arbeiter nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und sprechen hierfür ihren Dank aus. Bezüglich der 1. Klasse hätten freilich die Versammelten gewünscht, daß die Zulage etwas besser ausgefallen wäre, da die Arbeiter dieser Klasse (Ledige und Verheiratete ohne Kinder) zumeist noch in den Anfangsstufen stehen, also nicht gut daran sind und demgemäß die Zulage von etwa 15 Pf. für ihre Verhältnisse wenig Befriedigung bringen kann, da sie nur etwa ein Viertel bis ein Drittel der auch für sie eingetretenen Preiserhöhung decken. Nur erkennen die städtischen Arbeiter wohl an, daß gegenwärtig sehr viele und hohe Ansprüche an die Stadtverwaltung gestellt werden, denen sie ebenfalls Rechnung tragen soll. Bei der geringen Nebenausgabe jedoch, welche eine etwas bessere Veranlagung erfordert, glauben die Versammelten nicht unangebracht zu sein, wenn sie hiermit die Bitte aussprechen, der Herr Oberbürgermeister und das Stadtverordnetenkollegium möchten diesen Punkt nochmals prüfen, um möglichst auch diesen Arbeitern in etwas ausdehrenderem Maße gerecht zu werden.“ Weiter wurden dann in der Versammlung noch folgende Wünsche geäußert: 1. Die Stadtverwaltung sollte prüfen und veranlassen, daß entsprechend den Bestimmungen der Dienst- und Lohnordnung auch die während des Krieges eingestellten und über 14 Tage beschäftigten Arbeiter den Anfangslohn von 35 Pf. erhalten, also den ständigen Arbeitern entsprechend behandelt und entlohnt werden. 2. Es sollte auch den Laternenanzündern eine angemessene ihrer Tätigkeit Arbeitszeit bei der Stadt entsprechende Teuerungszulage gewährt werden. Die Versammlung nahm des weiteren Kenntnis von der entgegenkommenden Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters bezüglich der Durchführung der Teuerungszulage der der „Bösa“ und hofft gern, daß die Bemühungen von Erfolg sein möchten. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, die Stadtverwaltung werde die angezeigten Punkte nochmals prüfen und möglichst berücksichtigen.

**Wenlar.** In der Mitgliederversammlung am 10. Juli wurde beschlossen, an Stelle der für jedes Mitglied unterschiedlichen Beitragsleistung eine einheitliche Marke, und zwar die 50 Pf. Marke, zu legen. Die bisher übliche Vierteljahresbeitragsmarke a 10 Pf. kommt damit in Wegfall.

## • Notizen für Gasarbeiter •

**Frankfurt a. M.** Nach zweimaligen Verhandlungen hat die Frankfurter Gasgesellschaft eine Erhöhung der Teuerungszulage bewilligt. Seit 1. März erhielten die Arbeiter ohne Unterschied des Familienstandes 1,20 bis 1,30 Mk. pro Woche. Diese Zulage entsprach nicht im entferntesten den vornehmlich durch wieder eingetretenen Preiserhöhungen. Am 25. Juni stellte daher eine außerordentlich gut besuchte Versammlung die Forderung, die Teuerungszulage auf 1 Mk. pro Tag zu erhöhen. Obwohl diese Forderung noch weit hinter der Lebensmittelteuerung zurückbleibt und obwohl die Gasgesellschaft durch den Krieg keineswegs stärker als andere Unternehmungen belastet worden ist, war die Durchsetzung dieser Forderung doch nicht möglich. Die Zulage wurde vielmehr so geregelt, daß Verheiratete 50 Pf. und Ledige 30 Pf. pro Tag erhielten. Am 12. Juli erstattete die Kommission, bestehend aus drei Arbeitern und dem Vertreter des Verbandes, einer vollbesetzten Versammlung Bericht. Eine Abstimmung bewies, daß viel mehr Ledige vorhanden waren, als von der Kommission geschätzt worden war. Der Bericht wurde deshalb auch mit sehr gemischten Empfindungen aufgenommen. Die Laternenanzünder bieten die Gelegenheit für pösslich, ihrer Entrüstung Ausdruck zu geben. Sie sind von der ersten sowohl als auch von der zweiten Teuerungszulage vollständig ausgeschlossen worden. Ihr Einkommen, das sowieso in Kriegszeiten nur 12,00 Mk. pro Woche betrug, ist seit Ausbruch des Krieges um 4,20 Mk. verringert worden. Jedoch sind bei dieser Kategorie die Voraussetzungen noch nicht gegeben, um mit Aussicht auf Erfolg diese Forderung erheben zu können. Die Laternenanzünder sollen sich so gut organisieren, wie alle anderen Arbeiter, erst dann kann eine Forderung mit Aussicht vertretet werden.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

**Der Buchbinderverband 1914.** In dem kürzlich herausgegebenen Jahresbericht des Buchbinderverbandes werden in dem einleitenden Kapitel die Einwirkungen des Krieges auf den Verband und die Maßnahmen des Verbandsvorstandes in Bezug auf die außerordentlichen Verhältnisse geschildert. Wie so manche andere Erwerbsunternehmung mußte der Verband in den ersten Kriegswochen infolge der riesigen Arbeitslosigkeit seine statutarischen Unternehmungen fast alle außer Kraft setzen und sie durch eine sogenannte „Kriegsunterstützung“ ersetzen, die allen arbeitslosen Mitgliedern mit mindestens 2wöchiger Mitgliedschaftsdauer zugute kam. Die Unterstützungsmäßigkeit jedoch blieb völlig aufrechterhalten. Nachdem der erste Schreck vorüber war die Unternehmer veränderten, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, indem sie wieder produzierten — beim Kriegsausbruch hatten manche ihre Betriebe fastlos geschlossen — und die Arbeitslosigkeit, wenn auch nur allmählich, zurückging, wurden die statutarischen Unternehmungen vom 1. Oktober ab in beachtlicher Weise wieder eingeleitet, mit Ausnahme der Krankenunterstützung, während die Hinterbliebenenunterstützung ihre Gültigkeit wie bei den arbeitslosen Mitgliedern auch den Angehörigen der im Kriege Gefallenen zugute kam, obwohl dies im Statut nicht vorgesehen ist. Der höchste Stand der Arbeitslosigkeit war in der Woche vom 23. bis 29. August mit rund 12.000 arbeitslosen Mitgliedern zu verzeichnen. An Arbeitslosenunterstützung wurden 23.943 Mk., an „Kriegsunterstützung“ 185.939 Mk., die zusammen für Arbeitslose 139.892 Mk. von der Hauptkasse vorausgab, gegenüber 167.685 Mk. im Jahre 1913. Als weitere Unterstützungsummen kommen in Betracht: für Kranke 68.704 Mk., für Hinterbliebene 432 Mk.; ferner wurden für Wohnbewegungen 80.529 Mk., für Gemeindefeste 7598 Mk. und für Unterstützung in besonderen Verhältnissen 988 Mk. vorausgab. Die gesamten Ausgaben der Verbandskasse, unter Ausschuß der örtlichen Ämter, belief sich auf 327.470 Mk., während die Gesamteinnahmen der Hauptkasse nur 64.149 Mk. betragen, so daß der Nettobetrag der Ausgaben aus den Vermögensbeständen gedeckt werden mußte. Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug im Jahresdurchschnitt 28.726, wovon 11.052 männliche und 14.674 weibliche Mitglieder waren. Der Jahresdurchschnitt für 1913 dagegen belief sich auf 32.381 Mitglieder. Neben den 3700 Mitgliedern, die im 3. und 1. Quartal zum Zwecke der Einberufung wurden, finden in diesen beiden Quartalen 5180 Mitglieder aus dem Verbands aus, und zwar 1897 männliche und 3283 weibliche, so daß am Schluß des Jahres nur noch 10.816 männliche und 12.685 weibliche, zusammen 23.501 Mitglieder vorhanden waren. Trotz der hohen Ausgaben und des verminderten Mitgliederbestandes im Kriegsjahr 1914 schneit der Verband finanziell nicht unangenehm ab, denn sein Vermögen betrug am Jahresschluß 1.168.505 Mk., wovon 807.028 Mk. in der Hauptkasse enthalten waren, während 29.558 Mk. als Vorrat in den Ämtern der Zahlstellen und 329.912 Mk. in den örtlichen Ämtern und 397 Mk. in der Unfall-Unterstützungskasse für Jubilare sich befanden. Von dem Bestand der Hauptkasse werden 382.020 Mk. als Reserven für die Invalidenunterstützung gerechnet.

• Internationale Rundschau •

**Frankreich.** Die Pariser organisierten Gemeindegewerkschaften für den Unterstützungsfonds des Aktionstemetes, an dem Partei und Gewerkschaften beteiligt sind, allein 21.000 Frank am von 67.500 Frank, die insgesamt seit September 1914 gesammelt wurden.

**Schweiz.** Auf Antrag der Berner Sektion und der Kontrollkommission hat der schweizerische Verbandsvorstand unserer Brudergewerkschaften beschlossen, einen außerordentlichen Verbandstag zum 5. September nach Olten einuberufen. Der letzte Verbandstag fand am 17. und 18. April 1915 in Basel statt. Er hatte beschlossen, eine Erhöhung der Beiträge (die unglaublich gering sind!) und zudem der Unterstützungsleistungen auf den letzten Punkt; ebenfalls Beibehaltung des Sekretariats. Inzwischen ist an dem die Opposition erhärtet und hat von Bern aus erneut gegen das Sekretariat um Stellung genommen. Wie wir aus dem Verbandstag ersehen, hat unser altbewährter Freund und Kollege Herr Ulrich seinen Kandidat als Präsident angekündigt infolge unvollkommener Verhältnisse. Wer halten das für sehr bedauerlich, nicht nur im Interesse der Schweizer Kollegen, sondern auch der gesamten Internationalen der Gemeindegewerkschaften, die eben in Schwizigung wieder aufzubauen ist. Die vorläufige Tagesordnung des außerordentlichen Verbandstages lautet: 1. Anhalten der Rollenlisten der am Verbandstag in Basel beschlossenen Zentralisation des Verbandes. 2. Beibehaltung oder Veränderung des Sekretariats. Grundsätzl Wahl des Sekretärs. 3. Mündliche Wahlung des Verbandsvorgangs und dessen Modifikation. 4. Prüfung des Brandens des Verbandsvorstandes.

• Rundschau •

**Gegen den Lebensmittelwucher!** Immer schwerer lastet die allgemeine Teuerung auf den ärmeren Volksteilen. Die Preise für Fleisch sind unter rücksichtsloser Ausnutzung der durch die Schweine- und Schlachtviehknappheit gebotenen Konjunktur um fast 100 Proz. gesteigert worden und steigen weiter. Weitaus streife, besonders unserer schwer arbeitenden Bevölkerung wurden dadurch vom Genuß dieses so wichtigen Nahrungsmittels fast völlig ausgeschlossen. Auch alle anderen Lebensmittel, besonders die als Ersatz für Fleisch angewiesenen, wie Gemüse, Nüsse, Eier, Milch, Butter, Mäse, Zucker sind ungewöhnlich teuer und steigen noch fortgesetzt im Preise. Auf dem Kartoffelmarkt macht sich wieder der unerhörteste Wucher geltend. Die zwecks Preisstreberei monatelang zurückgehaltenen Kartoffeln mußten im Frühjahr auf den Markt gebracht werden und gelangten zu niedrigen Preisen in den Besitz der Händler. Diese hatten nun erneut ihre Vorräte zurück und geben sie nur zu Preisen ab, die die Einkaufspreise um 200 bis 300 Proz. übersteigen. Nunmehr ist noch bekanntgeworden, daß der Bundesrat die Höchstpreise für Getreide, die schon 30 bis 40 Proz. höher als im Frieden sind, erhöhen will. Also auch das Brot, dieses allerwichtigste Nahrungsmittel, soll dem Volke noch mehr verteuert werden. Das muß in den weitesten Volksteilen Entrüstung auslösen. Namens des werktätigen Volkes, dem der Krieg ohnehin schon große Opfer auferlegt, protestieren wir gegen diese Erhöhung von Höchstpreisen. Wir fordern vielmehr eine durchgreifende Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt und einen wirksamen Schutz des Volkes gegen den Lebensmittelwucher. Wir fordern, daß ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Produzenten und Händler mäßige Höchstpreise für alle Lebensmittel festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß die ausreichende Ernährung des Volkes gesichert und jede Verteuerung auf Kosten der Volksernährung ausgeschlossen wird. Durch Beschlagnahme und Verkaufszwang muß das Zurückhalten von Vorräten zum Zwecke der Preistreiberi vereitelt werden. Die Parteigenossen im Lande fordern wir auf, dem Lebensmittelwucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Vor allem müssen die Arbeitervertreter in den Landtagen und Gemeinden ihren ganzen Einfluß einsetzen, um die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu erwidern und Preisen niederzujstellen. Berlin, den 16. Juli 1915. Der Parteivorstand. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

**Rechtet Euch der Jugend an.** In den Jugend- und Sportvereinen der Arbeiterschaft fehlen jetzt in erschreckendem Maße die älteren Männer, die führend und leitend die Bewegung in den richtigen Bahnen halten. Fast alle tätigen Männer hat der Krieg aus ihrem Wirkungskreis gerissen und für Ersatz konnte in der letzten Zeit nicht mehr ausreichend gesorgt werden. Besonders schwer sind davon unsere Arbeiter-Turnvereine betroffen worden; ihnen fehlen die Turnwart und Vorturner. Der erhebliche Einfluß, den sonst die alten Genossen auf die Jugend ausübten, ist nicht mehr vorhanden. Die Folge ist eine teilweise Verwilderung, zumal auch die Jugend des Elternhauses durch den Krieg stark beeinträchtigt worden ist. Die wenigen zurückgebliebenen Genossen in den Vereinen stehen einer so schweren Arbeitslast gegenüber, daß sie sich genötigt sehen, die früher in den Vereinen tätig gewesenen Genossen um Hilfe zu bitten. Ganz besonders richten sie diese Bitte an die älteren Genossen, die noch Mitglieder der Vereine sind, seit Kriegsausbruch sich aber ferngehalten haben. Die Erziehung unserer Jugend ist gerade jetzt wichtiger als je, deshalb sollte die Bitte der Genossen nicht ungehört verhallen.

**Die Arbeitsnachweiserfrage und die Arbeiterinnen.** Die Frage nach der Arbeitsnachweiserfrage ist im Sinne der Anträge der Gewerkschaften an die Reichsregierung wäre ganz besonders im Hinblick auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen von erheblicher Bedeutung gewesen. Mehr noch als in den Kreisen der Arbeiter, in bei den Arbeiterinnen die Arbeitsnachweiserfrage durch Vermittlung von Bekannten, durch Anfragen und durch Anzeigen üblich. Diese Form der Arbeitsvermittlung begünstigt die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Deshalb haben die gewerkschaftlichen Organisationen von Anfang an die Regelung der Arbeitsvermittlung als eine ihrer Aufgaben angesehen. Nur einen kleinen Teil der erkrankten Arbeiter erfüllt die Vermittlung durch die familiären und Organisationsnachweiser. Jede organisierte Arbeitsvermittlung wird einen gewissen Einfluß auf die Arbeits-

bedingungen ausüben. Selbst wenn Leiter von öffentlichen Arbeitsnämtern dieser Art wenig Beachtung finden sollten, wird der Einfluß schon durch das Zusammenfinden der Arbeitslosen und ihre gegenseitige Anspornung über die Bedingungen hin und da geöffnet werden. Bei den durch die gewerkschaftlichen Organisationen erzielten Arbeitsnadmweisen spielen die Arbeitsbedingungen aber eine große Rolle für die Vermittlung. Daher prägen sich ja auch die Unternehmer immer, die gewerkschaftlichen Arbeitsnadmweise zu benutzen oder mit den Arbeiterorganisationen gemeinsame, patifische Nachweise zu errichten. Es ist nicht so sehr die Abneigung, mit Vertretern von Arbeiterorganisationen in Verbindung zu kommen, als die Furcht, günstige Arbeitsbedingungen gewährleisten zu müssen. Die das Verhalten der Unternehmer in dieser Frage hervorruft. In der Regel besteht für Unternehmer, die überwiegend oder ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, diese Gefahr nicht. Während der Kriegszeit war die Nachfrage nach Arbeit erheblich stärker als das Verlangen nach solchen. Mit Ausnahme einiger Zweige der Nahrung und der Metall- und Lederwarenbranche sind Arbeiterinnen auch heute noch in vielen Berufen in größerer Zahl vorhanden als verlangt werden. Es ist nicht in allen Fällen möglich, die durch die Einziehung des Landsturms frei gewordenen Arbeitsplätze von Männern durch Frauen zu besetzen. Vieles sind die Körperkräfte der Frauen hierzu nicht aus oder die Arbeit ist aus anderen Gründen für Frauen nicht geeignet. Häufig ist aber auch Mangel an Arbeitskräften vorhanden, die über die nötige Fertigkeit und ihre Leistungsfähigkeit und über die offenen Stellen die Arbeitsnadmweisen sollte durch die Vorschläge der Gewerkschaften in der Arbeitsnadmweise entgegenwirken werden. Es wurden für alle die Arbeitsnadmweise gefordert, die unter Leitung von Arbeiterinnen und Arbeitnehmern stehen und deren Aufgaben neben der Arbeitsvermittlung auch genaue Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten sein sollten. Wo durch die Organisationen günstige Arbeitsbedingungen geschaffen waren, sollten die Arbeitsnadmweise verpflichtet werden, nicht zu schlechteren Bedingungen Kräfte zu vermitteln. Nach den bisherigen Erfahrungen hat die Reichsregierung nicht die Absicht, diese Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erfüllen. Dies ist besonders in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen sehr zu bedauern. Die Arbeitslosigkeit unter diesen ist noch jetzt recht erheblich. Da die meisten einer Organisation angehören, so stehen sie meist ohne jede Unterstützung da. Der größte Teil der Gemeinden ist nicht dem Vertriebe von Berlin und anderen Großstädten gefolgt und hat wie viele eine Unterstützung an Arbeitslose eingeführt. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Mittellosigkeit dieser Frauen zum gegenwärtigen Unterhalten führt, nur um Arbeit zu bekommen. Man kommt noch, daß eine Anzahl Kriegserwitwen, die bisher nicht gearbeitet haben, nun oder in der Zukunft arbeiten sein werden, wo Arbeit zu verschaffen, weil sie mit der Rente allein nicht auskommen. Dadurch erhöht sich zweifelslos das Heer der arbeitslosen Frauen und Mädchen und die Zahl derjenigen, die nicht so sehr auf die Höhe des Verdienstes leben brauchen. Die Rente gibt den Kriegserwitwen ohne weiteres ein Anrecht auf ein bestimmtes Einkommen. Bei dem geringen Widerstand, den ganz allgemein die Arbeiterinnen den Versuchen entgegenbringen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist damit zu rechnen, daß die Rente der Kriegserwitwen Anlaß geben wird, ihnen geringere Löhne zu zahlen, die dann wieder auf die Entschädigungen und Verdienste der übrigen Arbeiterinnen zurückwirken. Um so größer ist deshalb der Wunsch, daß die Arbeiterinnen endlich einsehen lernen, daß auch sie sich den bestehenden Organisationen anschließen müssen. Umfassen diese einen erheblichen Teil der Beschäftigten, dann sind sie in der Lage, den Wünschen günstiger Arbeitsbedingungen herbeizuführen, auch ihre Mittelglieder gegen Arbeitslosigkeit und ihre Forderungen zu schützen. Die Stellungnahme der Regierung zur Forderung der Arbeiterorganisationen gibt aufs neue den Beweis, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nur auf sich selber angewiesen sind und nur der Zusammenhalt sie schützen und ihnen Hilfe bringen kann in schwierigen Situationen, die über die Bevölkerung ohne ihre Schuld hereinbrechen können.

**Standaß!** Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: „175 000 M. Verlust beim städtischen Kartoffelverkauf. In den Gemeinden, die besonders hohe Verluste beim städtischen Kartoffelverkauf erlitten haben, gehört Charlottenburg. Der Magistrat Charlottenburgs hatte rund 80 000 Zentner Kartoffeln gekauft, um sie zum Wiederverkauf an Charlottenburger Kleinbändler abzugeben. Ein großer Teil der Kartoffeln blieb aber wegen der hohen Preise unverkauft. Bis zum 20. Juli mußte die Stadtverwaltung die zu hohen Preisen 8 bis 9 M. für den Zentner — auf Abruf gekauften Kartoffeln abnehmen, und, um sie nicht dem Verderben preiszugeben, hat sich der Magistrat entschlossen, 35 000 Zentner mit einem Verlust von 5 M. für den Zentner den Produzenten zu überlassen. Durch dieses Geschäft erleidet der Stadtsäckel einen Verlust von 175 000 M. Die „Produzenten“ haben also 175 000 M. für nichts eingekauft! Und da greifen weder Polizei noch Marktbehörde ein? Wahrscheinlich ein Dokument von unserer Zeiten Etablis!

**Eine Frage!**

Peider selbst in dieser Stunde	Tranken schütten die Soldaten
Blüht gewisser Schweinehunde	Ihrer Ornat Vieh und Zanten
Kalte Niederträchtigkeit,	Vor dem räuberischen Schwert
Die sich ihre Nieren schneiden	Trinnen werden ihre Weiber
Aus dem Hunger und den Leiden	Durch die Lebensmittelstreiber
Und der Not der harten Zeit!	Ausgeraubt am eignen Verd!
Tranken hält millionenfache	Eine Frage in die Munde:
Schwere Schwelensau die	Wie lang darf noch dieser Stunde
Wache	Kalte Niederträchtigkeit
Für die Lieben und das Land	Ihrer habgier Nieren schneiden
Trinnen kauft um Brot und	Aus dem Hunger und den
Nichte,	Leiden
Um des Volkes magre Rechte	Und der Not der harten Zeit?
Sich des Wagners freche Hand!	M. De Nora i. b. „Augb.“

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Nudolf Goldscheid „Deutschlands größte Gefahr“. Ein Mahnruf. Verlag „Neues Vaterland“, Berlin W., Lanzenstr. 9. Preis 1 M. Goldscheid weist nach, daß wir, wollen wir uns nicht an Nützlichkeitsüberseigerungen verbitten, nicht dauernd Rußland und England als Todfeinde behalten können. Kalt die Entscheidung jedoch zwischen Rußlands, so werden alle Bestrebungen für demokratische Reform und Ausgestaltung internationaler Rechtsordnung unter den ungünstigsten Bedingungen auszuspielen sein, denn eine Übernahme mit Rußland, die ihre Spitze gegen die Westmächte hat, stellt naturgemäß aufs nachhaltigste die Position jener Staaten in Deutschland, deren schrankenlose Herrschaft Tradition ist. Auch für die Zukunft Europas steigen nach Goldscheid die schwersten Gefahren heraus, wenn Deutschland im Bund mit Rußland die eigentliche Vormacht des Ostens wird. Goldscheid weist nach, in wie hohem Maße die jetzige Bündnispolitik die gesamte innere Politik in ihrer Gestaltung bestimmt. Je nach der Masselage haben die verschiedenen Bevölkerungsschichten an ganz verschiedenen Bündnispositionen das vitalste Interesse. Deshalb sind auch jetzt mitten im Kriege die herrschenden Klassen allenthalben am Werk, eine Machtegruppierung vorzubereiten, die ihren Interessen am besten kommt. Für die Reaktion ist es ebenso von entscheidender Bedeutung, daß Deutschland eine Verständigung mit Rußland sucht, wie für die Demokratie, daß eine Verständigung zunächst mit den Westmächten und dann mit allen Völkern zustande kommt. In dieser Beziehung müssen sich die Völker jetzt zum vollen Bewußtsein ihrer Lage erheben und energisch die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. Das deutsche Volk muß sich davor bewahren, daß es eines Tages etwa als Bundesgenosse Rußlands aufwacht. Wer erkennt, daß Deutschland als Bundesgenosse Rußlands schließlich nicht davor bewahrt bleiben wird, das Erbe Frankreichs anzutreten, der muß nach Goldscheid alle seine Kräfte für eine Verständigung mit den Westmächten einsetzen.

**Totenliste des Verbandes.**



**Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:**

- |  |   |
|--|---|
| <b>Max Allmann, Neukölln</b><br>am 2. Mai im Alter von 27 Jahren gefallen.                     | <b>Karl Richter, Berlin</b><br>am 15. Juni im Alter von 24 Jahren gefallen.                 |
| <b>Wilh. Finnen, Küstringen</b><br>am 10. Juli im Alter von 11 Jahren in Polen gefallen.       | <b>Georg Semmler, München</b><br>am 3. Juli im Alter von 29 Jahren in Rußland gefallen.     |
| <b>Hugo Fischer, Ashersleben</b><br>am 7. Juli im Alter von 27 Jahren im Lazarett verstorben.  | <b>Johann Sievert, Bremen</b><br>am 15. Juni im Alter von 31 Jahren in Frankreich gefallen. |
| <b>Josef Katz, München</b><br>am 12. Juli im Alter v. 39 Jahren im Reservelazarett verstorben. | <b>Paul Cräber, Pöschek</b><br>am 6. Juli im Alter von 32 Jahren in Rußland gefallen.       |
| <b>Josef Lehner, Rosenheim</b><br>am 17. Mai im Alter von 22 Jahren in Frankreich gefallen.    | <b>Paul Winkel, Berlin</b><br>am 12. Mai im Alter von 24 Jahren gefallen.                   |

**Ehre ihrem Andenken!**

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Stadtbedienst. Hermann Besenbacher, Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin W. 67, Unter den Eichen 24. Druck: Sorwals Buchdruckerei und Verlagsamt Paul Singer & Co., Berlin SW. 64, Unter den Eichen 3.